

## STUDIERN UND STUDIERENDE AN DER UNIVERSITÄT WIEN

---

MARIA MESNER – HERBERT POSCH

### QUELLEN UND LITERATUR

Die Suche nach den Menschen, die zwischen 1945 und 1955 an der Universität Wien studierten, gestaltet sich für den Historiker und die Historikerin nicht ganz einfach: Statistische Eckdaten wie die Zahl der Studierenden, Studienstatus, Geschlecht, die besuchte Fakultät, Religionsbekenntnis und Muttersprache sowie die Herkunftsländer ausländischer Studierender enthalten die jährlichen Rektoratsberichte (1947ff.) bzw. Statistischen Nachrichten (1946ff), das Statistische Handbuch für die Republik Österreich (1950ff), ab 1954 auch die Hochschulstatistik sowie im Überblick die Festschrift des Statistischen Zentralamtes (Völlmecke 1979). Bis 1953 basieren alle amtlichen Statistiken auf Auszählungen, die die Universitäten bereitstellten. Alle im Folgenden genannten Zahlen beziehen sich auf die entsprechenden Jahrgänge der erwähnten Publikationen.

Im Archiv der Universität Wien finden sich in den Beständen des Akademischen Senats und der fünf Fakultäten Anhaltspunkte zu studentischen Belangen, vor allem aber die Stammdatenblätter und Inskriptionsscheine („Nationalien“) aller Studierenden. Weiters gibt es Personalbögen („studentische Personalakten“ oder die „Juridischen Standesblätter“), die nur teilweise überliefert sind und daher nur bedingt als Grundlage für einen summarischen Überblick geeignet sind.

Daneben gibt es einige wenige besser qualitativ zu erschließende Quellen: autobiographische Texte vor allem, wie sie in der „Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen“ am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien aufbewahrt werden, die sich aber in keinem Fall zentral mit dem Studium an der Uni-

versität Wien befassen; oder die bildungs- und lebensgeschichtlichen Interviews aus dem Projekt „Vertriebene Studierende der Universität Wien 1938“ an der IFF/Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universität Klagenfurt in Wien (Stadler/Posch/Laus-ecker/Ingrisch 2003) sowie den stark autobiographischen Bericht des ersten „Studentenrektors“ der Universität Wien, Kurt Schubert (Schubert 1991).

Ebenfalls institutioneller Natur sind folgende Quellen, die über die Studierenden des ersten Nachkriegsjahrzehnts Aufschluss geben können: Die Berichte des Rektors erschienen jährlich (Bericht 1947; Bericht 1948ff). Außerdem findet sich ein einzelnes „Jahrbuch der Österreichischen Hochschülerschaft der Universität Wien“ aus dem Jahr 1946. Die einzelnen Studentengruppen publizierten – mehr oder weniger regelmäßig – Zeitschriften, die Spuren zu bestimmten Aspekten studentischen Lebens um die Mitte des 20. Jahrhunderts enthalten, beispielsweise „Der Student“ als Organ der Freien Österreichischen Studentenschaft (FÖST), die „Blätter der katholischen Hochschuljugend“, die „Akademische Rundschau“ als Organ der Österreichischen Hochschülerschaft, die „Hochschulzeitung“ der kommunistischen StudentInnen, „Strom“ und „neue generation“, die von den sozialdemokratischen Studierenden herausgegeben wurden, sowie das „Jüdische Echo“ der Vereinigung Jüdischer Hochschüler in Österreich.

Studentisches Leben wurde selten zum zentralen Fokus historiographischer Texte: Diese befassen sich, wie z. B. Franz Galls Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum der Universität Wien (Gall 1965), entweder mit der Universität Wien im Allgemeinen. Oder sie beschäftigen sich in Bezug auf Gesamtösterreich mit Teilaspekten studentischen Lebens: Christine Forster rekonstruierte die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft im ersten Nachkriegsjahrzehnt (Forster 1984), Andrea Griesebner fragte in ihrer Diplomarbeit nach der Geschichte studentischer Mitbestimmung (Griesebner 1990). Andere Arbeiten befassen sich, vor allem unter organisationsgeschichtlicher Perspektive, mit einzelnen Studentengruppierungen (Floimaier 1974; Hartmann 1994; Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber 1989).

Die Basis, auf die sich der folgende Text stützen kann, ist also nicht sehr reichhaltig. Daher beschränken wir uns auf die Skizzierung des Alltags des Studierens, die Re-Konstruktion der sozialen Zusammensetzung der Studierenden und auf einen groben Überblick der hochschul- und studentenpolitischen Entwicklungen.

## WER STUDIERTEN IN DIESEN JAHREN?

Die Entwicklung der Studierendenzahlen verlief zwischen 1945 bis 1955 keineswegs kontinuierlich. In den ersten beiden Nachkriegsjahren stiegen sie enorm an: vom historischen Tiefststand der letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges mit nur mehr 3.446 Studierenden im Wintersemester 1944/45 auf 9.014 im Wintersemester 1945/46 und 12.527 Studierende im Wintersemester 1946/47. In dieser Zeit fallen die größten materiellen und intellektuellen Nachkriegsschäden mit dem größten Andrang an Studierenden zusammen:

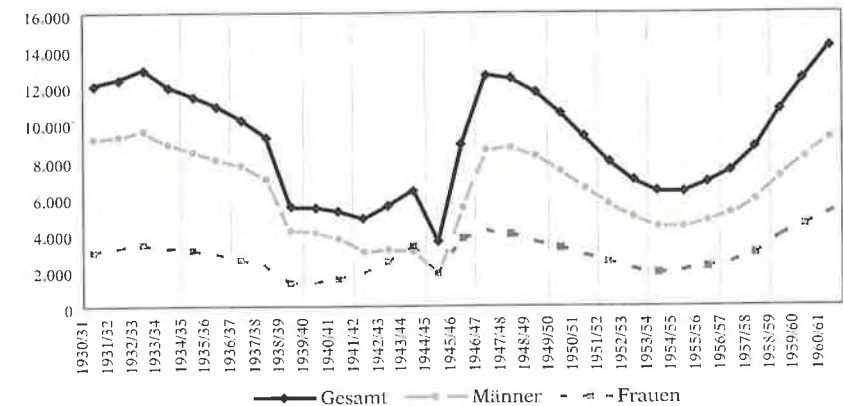
„Diese Studiengänge nach dem Krieg waren ja wahnsinnig überlaufen, weil alle, die vom Militär zurückkamen, die aus der Kriegsgefangenschaft kamen, da sind ja etliche Jahrgänge zusammengekommen. Die aus der Emigration zurückgekommen sind, die haben ja numerisch gar nicht so viele ausgemacht. Aber es war schon ein Krampf, weil die Hörsäle zerbombt waren, keine Plätze waren, die Professoren zum Teil ja auch nicht da waren – zum Teil haben sie sich abgesetzt, zum Teil wurden sie abgesetzt.“

So die Erinnerungen von Frau P., die vor ihrer Matura 1938 als Jüdin aus Österreich vertrieben wurde, in England überlebte und nach ihrer Rückkehr 1946 bis 1951 in Wien Medizin studierte (Stadler/Posch/Lausecker/Ingrisch 2003: 127). In den darauf folgenden Jahren sank die Zahl der Studierenden stetig ab, zum Zeitpunkt des Tiefstandes im Wintersemester 1953/54 um ein Drittel im Vergleich zu 1945 bzw. um fast die Hälfte im Vergleich zum Höchststand 1947. Der Rückgang erklärt sich einerseits aus dem Nachlassen des kriegsbedingten Rückstaus mehrerer Maturajahrgänge, andererseits aus dem Rückgang des 1945/46 drastisch gestiegenen Anteils ausländischer Studierender (sie machten fast ein Viertel aller Studierenden aus) und der Tatsache, dass nun die schwachen Geburtenjahrgänge vom Beginn der 30er-Jahre an die Universität kamen. Ein weiterer Grund lag wohl auch in geänderten Lebensperspektiven von MaturantInnen im Österreich der Wiederaufbauzeit. Erst 1958/59 wurde die Studierendenzahl von 1945/46 wieder erreicht – im Vergleich zu den ab den 1970er-Jahren exponentiell gestiegenen Studierendenzahlen (Bildungsoffensive und offener Hochschulzugang) eine relativ kleine Anzahl von Personen: Im Wintersemester 2003/04 studierten an der Universität Wien (inklusive der medizinischen Fakultät) 69.149 Personen. Die „Studierfreudigkeit“, die Höhe des Anteils der Studierenden an der 18–23-jährigen Wohnbevölkerung, betrug 1955 noch 2,03 Prozent, nahm aber innerhalb der nächsten zehn Jahre um das Zweieinhalbfache zu (Hochschulbericht 1969: 25). Der

Zuwachs der HörerInnenzahlen seit 1954 kam nicht nur durch den steigenden Zustrom von StudienanfängerInnen zustande, sondern ist auch einer individuellen Verlängerung der Studiendauer über die Mindeststudienzeit hinaus zuzuschreiben.

Die unten stehende Grafik zeigt die Entwicklung der Studierendenzahlen von 1930–1960 insgesamt sowie nach Geschlechtern aufgeschlüsselt. Deutlich erkennbar erreichten selbst die starken Nachkriegsjahre nicht mehr das Niveau der frühen 30er-Jahre. Im Austrofaschismus ging die Zahl der Studierenden kontinuierlich zurück (um rund 25 Prozent in fünf Jahren). Nach dem „Anschluss“ wurde die Zahl innerhalb eines Jahres schlagartig um 42 Prozent reduziert, größtenteils durch Vertreibung der als Jüdinnen und Juden Verfolgten (Stadler/Posch/Lausecker/Ingrisch 2003). In der Zeit des Zweiten Weltkrieges gab es einen leichten Anstieg, großteils durch Zunahme der Studentinnen, die 1943/44 erstmals mehr als die Hälfte der Inskribierten ausmachten.

Studierende der Universität Wien 1930–1960



Quelle: Völlmecke 1979: 75ff, Tab. A 5.6, A 5.7, A 5.10

Seit dem Wintersemester 1930/31 lag der Frauenanteil der Studierenden der Universität Wien bei rund einem Viertel. Während der NS-Diktatur, vor allem während des Krieges, kam es – trotz der vom NS-Regime propagierten Rollenvorgabe für Frauen als „Hausfrau und Mutter“ – zu einem starken Anstieg des Frauenanteils ab 1940/41, im Jahr 1943/44 waren 52,6 Prozent der Studierenden an der Universität Wien weiblich: Im Wintersemester 1945/46 lag dieser Prozentsatz immerhin noch bei 40,8 Prozent, im folgenden Wintersemester nur noch bei 32,3 Prozent. Danach sank der Anteil nochmals leicht und lag dann bis 1955

kontinuierlich zwischen 30 und 31 Prozent. Die Universität Wien hatte traditionell den höchsten Frauenanteil aller österreichischen Universitäten. Die Studentinnen waren jedoch sehr unterschiedlich über die Fakultäten verteilt: z. B. war im Wintersemester 1954/55 ihr Anteil an der philosophischen Fakultät (Geistes- und Naturwissenschaften) mit 43 Prozent am höchsten, es folgte mit 28 Prozent die medizinische, mit 16 Prozent die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät, die beiden theologischen Fakultäten hatten nur einen Frauenanteil von 2 bzw. 3 Prozent.

Der Anteil der ausländischen Studierenden lag im Wintersemester 1937/38 an der Universität Wien auf einem Tiefststand von rund 8 Prozent (im 10-Jahresschnitt davor lag er bei 16 Prozent), im Wintersemester 1945/46 waren über 21 Prozent, also rund ein Fünftel aller Studierenden, AusländerInnen. Der Anteil ging aber bereits ab dem Wintersemester 1946/47 auf 9 Prozent zurück, sank dann bis 1950/51 auf nur noch 5 Prozent und stieg dann bis zum Wintersemester 1955/56 langsam auf 15 Prozent. Damit entwickelte sich der Ausländeranteil an der Universität Wien in der Tendenz analog zu den anderen österreichischen Universitäten, jedoch immer weit unterhalb des bundesweiten Wertes. Anfangs war die größte Gruppe der „ausländischen“ Studierenden in Wien jene der „Staatenlosen“ (bis Anfang der 50er-Jahre zwischen einem Drittel und einem Viertel aller ausländischen Studierenden), zahlenmäßig gefolgt von Studierenden aus Osteuropa (Ungarn, Polen, Tschechoslowakei) und den USA, ab Mitte der 1950er-Jahre sank der Anteil osteuropäischer Studierender auf nahezu null, während nun die meisten ausländischen Studierenden aus Deutschland, Griechenland, Norwegen, USA und Italien kamen.

Die konfessionelle Verteilung blieb während der gesamten Nachkriegsdekade relativ konstant: Der Anteil der KatholikInnen lag vom Wintersemester 1937/38 bis zum Wintersemester 1945/46 zwischen 75,7 Prozent und 76,5 Prozent und stieg dann auf rund 83 Prozent, ca. 11 Prozent waren protestantisch. Damit war die Verteilung unter den Studierenden leicht verschoben im Vergleich zur Wohnbevölkerung: Dort erreichte der Anteil der KatholikInnen 89 Prozent, nur 6 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung waren protestantisch (1953/54). Die Gruppe der konfessionslosen Studierenden nahm im Vergleich zur Vorkriegszeit von 0,7 Prozent auf 4,6 Prozent am stärksten zu, die Gruppe der jüdischen Studierenden von 10,7 Prozent auf 0,09 Prozent am stärksten ab. Dazu bemerkt die amtliche Statistik lapidar: „Die Unterfrequenz der Israeliten geht auf äußere Gründe zurück, die allgemein bekannt sind“ (Statistische Nachrichten 1946: 77) – eine trocken-amt-

liche Umschreibung für den Holocaust, die Vertreibung und Ermordung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus.

1953/54 waren an der Universität Wien 87 Prozent der Studierenden ledig, rund 12 Prozent verheiratet und 1 Prozent geschieden oder verwitwet (über Frauen und Männer, In- und AusländerInnen annähernd gleichverteilt). Von den ordentlichen Studierenden stammten 61 Prozent der Männer und 71 Prozent der Frauen aus Wien, 17 bzw. 14 Prozent aus Niederösterreich, 9 bzw. 6 Prozent aus Oberösterreich und 4 bzw. 2 Prozent aus dem Burgenland.

Etwa ein Fünftel der ordentlichen inländischen HörerInnen waren an der Universität Wien 1953/54 StudienanfängerInnen, wobei wie üblich die Mehrheit der Neueintritte im Herbst erfolgte. Immerhin 10 Prozent befanden sich in einem höheren als dem zehnten Semester (Mindeststudiendauer der medizinischen Fakultäten, gegenüber meist nur acht Semestern der anderen Fakultäten) und absolvierten somit ihr Studium nicht in der Mindestzeit. Während der ersten zehn Nachkriegsjahre waren die Studierenden „überdurchschnittlich alt“, d. h., rund die Hälfte der Studierenden war älter als 23 Jahre, das Regelabschlussalter. Dies war großteils auf verspäteten Studienantritt zurückzuführen, da nur 30 Prozent der Erstsemestrigen unter 19 Jahren alt waren und 14 Prozent schon über 25 Jahre, somit weit über dem „Norm-Studienantrittsalter“ von 18 Jahren. Unmittelbar nach 1945 hatte dies stark mit den Folgen der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Kriegspolitik zu tun, da Kriegsheimkehrer und Vertriebene erst jetzt, um bis zu acht Jahre verspätet, ihr Studium aufnehmen konnten. Frau P., die 1946 aus der Emigration wieder nach Wien zurückgekehrt war, erzählt:

„Ich war acht Jahre dann irgendwo berufstätig und so und wenn Sie aus dem Lern-Trab und Trott heraus sind, und eigentlich ein ganz anderes Leben gehabt haben, da ist das Lernen einfach schwieriger. [...] Also die Zeit war ja einfach schwierig. Für alle. Nicht nur für uns. Und dass man älter war, ich mein, bis heute, ich hab das Gefühl acht Jahre meines Lebens hat man mir gestohlen. Ich hab überlebt. Aber karrieremäßig, berufsmäßig? Ich war fünfundzwanzig, wie ich angefangen habe zu studieren. Da ist man normalerweise fertig und versucht, im Beruf Fuß zu fassen. [...] Na ja, es hat einem wirklich unterm Hintern brennt. Ich meine, man hat kein Geld gehabt, man war sehr viel älter; es war eine enorme Masse an Studenten. Ich meine, jeder Monat, den man früher fertig geworden ist, hat man vielleicht die Chance gehabt, irgendwo in ein Spital reinzukommen.“ (Stadler/Posch/Lausecker/Ingrisch 2003)



Ab Mitte der 50er-Jahre dürfte das weiterhin hohe Lebensalter nur mehr bedingt mit den Kriegsfolgen, mehr mit den ökonomischen Rahmenbedingungen zu tun gehabt haben.

Von der sozialen Herkunft her – diese kann nur vom Beruf des Vaters bzw. der Mutter abgeleitet werden – stammte ein Drittel der Studierenden der Universität Wien 1953/54 aus Familien von Selbstständigen (Kaufleute, Industrielle, Angehörige freier Berufe, Landwirte), bei fast einem Drittel der Studierenden waren die Väter bzw. Mütter öffentliche Angestellte. Jedenfalls verfügte über die Hälfte der Väter über mindestens Mittelschulbildung und Matura, in einem Drittel der Fälle sogar über akademische Ausbildung. Immerhin 11 Prozent der Väter waren bereits Pensionisten oder Rentner.

Fast ein Drittel der männlichen – und 18 Prozent der weiblichen – ordentlichen HörerInnen konnten sich das Studium nur durch gleichzeitige Lohnarbeit finanzieren, wobei zwei Drittel dieser „WerkstudentInnen“ sogar vollbeschäftigt waren und nur „nebenberuflich“ studierten, was wiederum in Verbindung mit dem höheren Studienalter und der längeren Studiendauer zu sehen ist.

1953/54 erhielten nur 13 Prozent aller Studierenden eine Ermäßigung der Studiengebühren und nur 6 Prozent ein Stipendium (vergeben zu 41 Prozent über die Landesregierungen, zu je 12 Prozent vom Unterrichtsministerium und der Arbeiterkammer, zu 10 Prozent von den Gemeinden, zu 6 Prozent von ausländischen Staaten und zu je 1 Prozent von der Wirtschaftskammer und der Österreichischen Hochschülerschaft).

#### WAS WURDE STUDIERT?

Die Studierenden verteilten sich sehr ungleich auf die fünf Fakultäten – vor 1938 überholte gerade die Medizinische Fakultät die Philosophische Fakultät als meistfrequentierte, sie hatte ihren Studierendenanteil von 1928 bis 1938 kontinuierlich von 25 auf 38 Prozent vergrößert, während jener der Philosophischen Fakultät, an der alle geistes- und naturwissenschaftlichen Studien zusammengefasst waren, gegenläufig von 46 auf 35 Prozent absank. Nach 1945 kehrte sich der Trend um und der Studierendenanteil der Philosophischen Fakultät stieg von 42 (1948) auf 45 Prozent (1955), jener der Medizinischen Fakultät sank von niederen 28 Prozent (1948) auf 20 Prozent (1954). Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät erreichte 1948 27 Prozent der Studierenden und steigerte diesen Anteil noch auf 31 Prozent (1953). Die Katholisch-Theologische Fakultät, die im Austrofaschismus von 2,3 auf

immerhin 3,4 Prozent aller Studierenden angestiegen war, erreichte 1945 nur 1,4 Prozent, stieg dann allerdings auf 3 Prozent (1953) an und ging dann wieder leicht zurück. Die Evangelisch-Theologische Fakultät wies vor 1938 im langjährigen Schnitt rund 1 Prozent der Studierenden auf, setzte nach 1945 mit 0,4 Prozent ein und konnte den Vorkriegsanteil erst 1955/56 wieder erreichen.

Die Verteilung der Studierenden veränderte sich aber auch zwischen den drei österreichischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck, wobei es zwischen 1945 und 1955 zu einer starken Verschiebung von Wien nach Innsbruck und Graz kam: Verteilten sich die Studierenden 1937/38 noch im Verhältnis 70:15:13 auf die drei Universitäten, war das Verhältnis 1948/49 59:22:18 bzw. 61:21:17 im Jahr 1949/50.

Eine 1950 unter allen 1.828 Wiener MaturantInnen durchgeführte Befragung ergab, dass nur 43 Prozent ein Studium beginnen wollten – zum Vergleich: In der vorherigen Befragung (1928) planten noch über 67 Prozent der Wiener MaturantInnen zu studieren. Eine 1951 erstmals vom Unterrichtsministerium durchgeführte Befragung aller österreichischen MaturantInnen ergab, dass 30 Prozent der MittelschulabsolventInnen sich für ein Universitätsstudium entschieden, weitere 13 Prozent für ein Studium an einer Technischen Hochschule, weitere 28 Prozent für ein Studium an einer anderen wissenschaftlichen oder künstlerischen Hochschule. Dabei gab es bei 15 Prozent der MaturantInnen, die sich für ein Studium an einer Universität oder Hochschule entschieden, eine Übereinstimmung mit dem jeweiligen Bildungsgang bzw. Beruf des Vaters. Allerdings waren durch das starke Ansteigen der Studierenden- und AbsolventInnenzahlen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die Berufsaussichten des akademischen Nachwuchses stark beeinträchtigt. Der Anteil politischer Parteien an der Integration fertiger AkademikerInnen – NS-Belasteter wie auch unbelasteter – in den Arbeitsmarkt und die öffentliche Verwaltung wurde jüngst anschaulich dargestellt (Neugebauer/Schwarz 2005).

#### DER STUDENTISCHE ALLTAG

Als im Mai 1945 die Wiener Universität wieder eröffnet wurde, konnte aufgrund von Kriegszerstörung und Nachkriegschaos von studentischem Alltag nicht die Rede sein. Die Studierwilligen mussten zuerst den Schutt im buchstäblichen Sinne aus dem von Bomben schwer getroffenen Universitäts-Hauptgebäude am Dr.-Karl-Lueger-Ring räumen, um wieder einen provisorischen Betrieb zu ermöglichen. Das Schuttwegräumen fungierte für die Studierenden, die nicht als minderbelas-

tete ehemalige NSDAP-Mitglieder dazu verpflichtet waren, als Vorbedingung der Inskription: 10 Stunden Räumungseinsatz waren dafür notwendig (Schubert 1991: 11). Manche aus der ersten Nachkriegsgeneration, so auch die spätere Professorin für Zeitgeschichte Erika Weinzierl (Weinzierl 2005: 40), erinnern das Schuttwegräumen als freiwilligen Einsatz, der von den Studierenden bzw. den ersten nicht-nationalsozialistischen studentischen Funktionären der Nachkriegszeit organisiert war.

Der Universitätsbetrieb begann offiziell am 2. Mai, der reguläre Lehrbetrieb am 29., die Instandsetzung der Universität sollte aber noch Jahre dauern – wobei die materiellen Schäden an den Gebäuden großteils bis 1951 behoben wurden. Die intellektuellen Schäden durch Vertreibung, Ermordung und Nazifizierung der Studierenden wie der Lehrenden waren wesentlich dauerhafter (Fleck 1996), aber nur in den ersten Nachkriegssemestern ganz offensichtlich: In der „Dokumentation lebensgeschichtlicher Erinnerungen“ klagt eine der AutobiographInnen in Erinnerung an ihre Studienzeit über ausgefallene Vorlesungen und nicht ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal (Erinnerungen Eva Gatscha). Im Vorlesungsverzeichnis des Wintersemester 1945/46 findet man Studienrichtungen wie beispielsweise Ethnologie, für die nur ein einziger Lehrender ausgewiesen ist, in anderen wird der Großteil der LehrveranstaltungsleiterInnen mit N. N. angegeben (Jahrbuch 1945/46: 73ff). Dermaßen sichtbare Lücken im Studienbetrieb wurden innerhalb weniger Semester geschlossen. Dass alle Universitäten und vor allem auch das Unterrichtsministerium in der Berufungspolitik dabei zumindest nicht wählerisch waren, wurde spätestens mit dem „Fall Borodajkewycz“ 1965 weit über die Universität hinaus zum Thema. Wegen seiner antisemitischen und nationalsozialistischen Äußerungen in Vorlesungen wurde der an der Hochschule für Welthandel in Wien lehrende Professor angezeigt. Gegen seine Weiterbelassung im Dienst fanden Demonstrationen und Gegendemonstrationen statt, die das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik forderten: Der Pensionist Ernst Kirchwegger wurde von einem Neo-Nazi tödlich verletzt.

Die Unbenutzbarkeit vieler Räume war wohl eine der Ursachen für eine Erscheinung, die in den meisten Erinnerungen von StudentInnen der ersten Nachkriegsjahre auftaucht: die völlig überfüllten Hörsäle, das Gedränge der Studierenden. Deren Zahl überstieg aber auch deswegen das Fassungsvermögen der wenigen zur Verfügung stehenden Räume, weil die Jahrgänge, die während des NS-Regimes nicht hatten studieren können, weil es ihnen verboten worden war oder weil sie zum Wehrdienst hatten einrücken müssen, nun zurückkehrten (Erin-

nerungen Eva Gatscha). Wiederkehrend ist die Erzählung über die Kälte des Winters 1945/46, aber auch des folgenden Winters: Heizmaterial war noch bis Ende der 1940er-Jahre so knapp, dass Lehrveranstaltungsräume der Uni Wien nicht geheizt wurden (Erinnerungen Walter Cerveny). Frau H., die 1938 als Jüdin vertrieben worden war und 1946 aus der Emigration in England zurückkehrte und in Wien Medizin studierte, erinnert sich:

„Wie wir mit der Anatomie begonnen haben im Wintersemester, konnte man nicht sezieren, weil die Leichen eingefroren waren, und es gab keine Heizung. [...] Aber das hat nichts mit irgendwelchen politischen Dingen zu tun, das war einfach die Nachkriegszeit.“

Mitunter waren ausgeprägte Fähigkeiten der Koordination gefordert, um zurechtzukommen – der Remigrant Herr R. über sein Chemiestudium 1946:

„Von zwölf bis eins ist die Hauptvorlesung des Institutschefs. Nun hat es glaub ich von elf bis eins Gas gegeben. Es war ja nicht die ganze Zeit Gas. Das heißt, man musste sich entschließen, bleib ich heute im Labor und hör mir nicht die Vorlesung an, oder, hör ich mir die Vorlesung an, und kann nicht im Labor arbeiten, denn das Gas hat man ja gebraucht.“ (Stadler/Posch/Lausecker/Ingrisch 2003: 128)

In Erinnerungen von Personen, die ab Beginn der 1950er-Jahre studierten, tauchten Berichte über derartige Mängel nicht mehr auf. Deren Erinnerungen sprechen – wie auch schon diejenigen der VorgängerInnen – vom fleißigen Lernen, von Strebsamkeit, von Berufsorientierung (Erinnerungen Robert Freund). Die soziale Herkunft der Studierenden schlägt sich in den Erinnerungen der gesamten Zeitspanne deutlich nieder: Es ist von dem Bestreben die Rede, das Studium schnell abzuschließen, um ökonomisch selbstständig zu werden und die Eltern zu entlasten; von kleineren Zusatzarbeiten, um Geld zu verdienen; aber auch von hohen Studiengebühren, die für ein Semester die Höhe eines Monatslohns des Vaters erreichten (Erinnerungen Friedrich Weißensteiner).

#### STUDIERENDE UND POLITIK AN DER UNIVERSITÄT WIEN

Eine der Auffälligkeiten der Nachkriegsgeschichte der Universität Wien, die Stoff zur Legendbildung bot, war die Tatsache, dass die „alma mater“ in den ersten Tagen nach der Befreiung Wiens von einem Studenten, Kurt Schubert, später Professor für Judaistik, als „Rektor“ geleitet wurde. Bereits in den letzten Monaten des NS-Regimes hatten sich in stu-

dentischen Zirkeln im Umfeld der Universität oder direkt an einzelnen Instituten Gruppen gebildet, deren Ziel es war, die Zerstörung von Geräten und Gebäuden während der letzten Phase der Kriegshandlungen zu verhindern: Beispiele dafür sind die „Petersplatzgemeinde“ – katholische Studierende, die sich bereits seit 1942 um den Studentenseelsorger Karl Strobl gesammelt hatten (Griesebner 1990: 69), oder eine Gruppe am Chemischen Institut, aus der später der VSStÖ hervorgehen sollte (Heilingsetzer u. a. 1989: 8). Schubert, der Mitglied der „Petersplatzgemeinde“ war, hatte während der Befreiung Kontakt mit der einmarschierenden Roten Armee aufgenommen und wurde von dieser beauftragt, den Studienbetrieb provisorisch zu reorganisieren. Die Studierenden organisierten eine Professorenversammlung, die am 25. April 1945 mit Ludwig Adamovich den ersten „offiziellen“ Rektor wählte, und organisierten die Aufräumungs- und Sicherungsarbeiten am Hauptgebäude.

Nicht unähnlich zur Bundespolitik gründeten die Studierenden als politisches Gremium einen „Sechserausschuss“, der ab Ende April 1945 die studentische Selbstverwaltung leitete: Ihm gehörten Vertreter jener Studierendengruppen an, die den von den Alliierten anerkannten Parteien nahe standen, sowie ein „Parteiloser“. Bald wurde dieser Ausschuss auf zehn Mitglieder erweitert. Langsam wurden aus den bereits parteipolitisch strukturierten Organisationskernen die parteipolitisch organisierten Studentengruppierungen, die die politische Kultur an den Hochschulen bis weit in die 60er-Jahre prägten: Die FÖST hatte sich aus VertreterInnen der katholischen Hochschulgemeinde und des CV gebildet und stand der ÖVP nahe, später kandidierten die ÖVP-StudentInnen unter den Bezeichnungen „Union“ und „Wahlblock“. Ihr Gegenstück auf sozialdemokratischer Seite war der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ). Die kommunistischen Studierenden gründeten die Vereinigung demokratischer Studenten (VdS). Am 3. September 1945 wurde unter Rückgriff auf das Hochschulermächtigungsgesetz des autoritären Ständestaats die „Österreichische Hochschülerschaft“ (ÖH) als Nachfolgerin der im Austrofaschismus geschaffenen „Österreichischen Sachwalterschaft“ gegründet. In Anlehnung an die Kammern der Interessenvertretungen wurde auch für die Hochschülerschaft die Pflichtmitgliedschaft eingeführt. Die Organisation wurde hierarchisch nach dem Vorbild der Universitätsstruktur gebildet, mit Zentral- und Hauptausschüssen sowie Fachschaften und jeweils entsprechenden Vorsitzenden; Studienrichtungsvertretungen wurden erst 1973 eingeführt (Griesebner 1990: 73).

Während die Struktur der ÖH bereits 1945 der heutigen ähnlich war, waren die VertreterInnen der Studierenden – in deutlichem Unterschied

zur Gegenwart – dem Rektor unterstellt (Griesebner 1990: 73). Gewählt wurden die FunktionärInnen in alle zwei Jahre stattfindenden Hochschülerschaftswahlen von den Studierenden.

Nach den Nationalratswahlen 1945 wurden die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gruppierungen auch an den Hochschulen konturierter. Als Thema rückte die Entnazifizierung in den Vordergrund. Sowohl die katholisch-konservativen als auch die sozialdemokratischen Studentenvertreter traten anfangs für eine tolerante Haltung gegenüber ehemaligen NationalsozialistInnen ein: Beide Gruppierungen argumentierten, dass es sich bei den Studierenden vorwiegend um junge Menschen handle, die weder vom Aufbau der demokratischen Gesellschaft im Allgemeinen noch von den Bildungsmöglichkeiten, die die Hochschulen boten, im Besonderen ausgeschlossen werden dürften (Heilingsetzer u. a. 1989: 106; Forster 1984: 100). Laut Inskriptionsvorschrift vom August 1945 durften „Illegale“, SS-Angehörige oder NSDAP-Funktionäre im Wintersemester 1945/46 nicht zum Studium zugelassen werden, NSDAP-Mitglieder und -AnwärterInnen nur in begründeten Ausnahmefällen. Eine Entnazifizierungskommission mit drei ParteienvertreterInnen der ÖH erstellte ein Gutachten, der Rektor entschied dann über die Zulassung, wogegen die betreffenden Studierenden im Falle einer Verweigerung beim Unterrichtsministerium Einspruch erheben konnten. Belastete Studierende konnten ausgeschlossen oder zur Sühnearbeit wie etwa Schutträumen von 1–6 Monaten verpflichtet werden. Mit dem Nationalsozialistengesetz von 1947 wurden alle Belasteten und Minderbelasteten bis Mitte 1950 vom Studium ausgeschlossen (außer sie waren Kriegsversehrte), die Überprüfung der politischen Vergangenheit an die Dekanate übertragen, Ausnahmegenehmigungen waren nur über den Bundespräsidenten zu erlangen. Damit waren die Entnazifizierungsbestimmungen für Studierende strenger als für Professoren, da theoretisch ein Minderbelasteter zwar Studierende lehren durfte, als Student aber vom Studium ausgeschlossen worden wäre. Insgesamt wurden Mitte 1946 aber nur rund 2 Prozent der überprüften StudienwerberInnen sofort ausgeschlossen, weitere 6 Prozent an den Überprüfungsssenat übermittelt. Anfang 1947 wurden von den bis dahin überprüften Studierenden 4 Prozent ausgeschlossen und 15 Prozent an den Überprüfungsssenat überwiesen (Akademische Rundschau, Juli 1946: 13; 25. Jänner 1947: 2). Die Praxis des Überprüfungsssenats ist bislang nicht erforscht.

Die Alliierten machten die Durchführung der ersten Wahlen an den Hochschulen von einer effizienten Entnazifizierung abhängig, was – gemeinsam mit dem organisatorischen Chaos und der Tatsache, dass



die Einigung auf eine Wahlordnung ein langwieriger Prozess wurde – dazu führte, dass die ersten Wahlen schließlich erst am 19. November 1946 stattfanden. Die Wahlbeteiligung lag hoch, nämlich bei 77 Prozent. Das Ergebnis zeigte eine deutliche konservative Mehrheit unter den Studierenden: An der Universität Wien erreichte die unter dem Namen „Union“ kandidierende Hochschulgruppe der ÖVP knapp 78 Prozent, die sozialdemokratischen Studierenden 19,2 Prozent, die VdS blieb knapp unter 3 Prozent (Strom, 23.11.1946: 1). Trotzdem bildeten ÖVP- und SPÖ-Studenten im Zentralausschuss eine Koalition.

Die deutliche konservative Dominanz unter den Studierenden sollte bis 1955 (und darüber hinaus) unverändert bleiben. Allerdings änderte sich die Zusammensetzung der dominanten Koalition in der Hochschülerschaft: Die Zusammenarbeit zwischen ÖVP- und SPÖ-Studierenden löste sich nach den Wahlen 1951 bereits im darauf folgenden Sommer wieder auf – erstmals nach 1945 hatten übrigens als „Bund unabhängiger Studenten“ (BUS) und „Studentenwahlgemeinschaft“ (Stuwag) wieder nationale Studenten kandidiert und bundesweit insgesamt 12 Prozent der Stimmen (an der Universität Wien als Stuwag 14,3 Prozent) errungen (neue generation, Februar 1951: 2). Die nationalen Studenten koalitierten ab 1951 mit den unter der Bezeichnung „Wahlblock“ firmierenden ÖVP-StudentInnen. Die beiden nationalen Gruppierungen kandidierten ab 1953 unter der Bezeichnung „Ring freier StudentInnen“ (RFS), eine dem Verband der Unabhängigen (VdU) nahe stehende Organisation. Der RFS errang bei seinem ersten Antreten 1953 etwa ein Drittel aller Stimmen österreichweit und 26 Prozent an der Universität Wien (neue generation, März 1953: 8). Bis weit über 1955 hinaus blieb er der Koalitionspartner der ÖVP-Studenten auf Bundesebene. Für den Hauptausschuss der Universität deutet alles auf eine parallele Entwicklung hin, die vorhandene Quellenbasis lässt aber keine ganz sichere Deutung zu.

Dass keineswegs von einer gelungenen Entnazifizierung – übrigens weder unter den Lehrenden noch unter den Studierenden – gesprochen werden kann, zeigte nicht nur das im Verhältnis zur Bundespolitik überragende Abschneiden des RFS, sondern bereits die Entwicklung rund um die ersten Hochschulwahlen 1946: Es kam im Vorfeld zu nationalsozialistischen Ausschreitungen, Beschimpfungen von studierenden KZ-Überlebenden und in der Folge zu Prügeleien.

Tätliche Auseinandersetzungen sollten an der Universität Wien keine einmalige Begebenheit bleiben. Zu gewalttätigen Konflikten kam es beispielsweise im Mai 1949, anlässlich der Wiedergründungsfeier des CV. Der Rektor hatte zwar den „Farbenbummel“ nicht gestattet, der

Unterrichtsminister hatte allerdings den universitären Behörden die Weisung erteilt, die Feier in „Farben“ zu erlauben. Es erschienen jedenfalls viele Couleurstudenten in voller „Montur“, was die sozialdemokratischen Studenten offenbar stark provozierte. In der Schlägerei auf der Uni-Rampe wurden mehrere Studenten verletzt. Daraus resultierte ein politischer Konflikt über das „Farbentragen“ an den Hochschulen. Bereits am 30. Jänner 1950 erteilte der Senat eine entsprechende Erlaubnis, die auf bestimmte Anlässe wie z. B. Promotionen beschränkt war, am 20. März 1954 erlaubte der akademischen Senat schließlich wieder allen Burschenschaften das Tragen ihrer Uniformen auf Hochschulboden (Forster 1984: 153ff).

Generell verschoben sich ab Ende der 1940er-Jahre die Schwerpunkte in der Studentenpolitik. Die Existenzsicherung der Studierenden wurde zum wichtigen Thema, eine Entwicklung, die in den relativ hohen und vielfältigen Gebühren, die für das Studium zu bezahlen waren, begründet lag. Während eine generelle Aufwandsentschädigung für die Benützung allgemeiner Einrichtungen, Kollegiengeld, Prüfungs-, Instituts-, Übungs- und Matrikeltaxen, für die Verleihung akademischer Grade, Hochschülerschafts- und Krankenversicherungsbeitrag zu bezahlen waren, gab es kein geregeltes Stipendienwesen. Studierende aus nicht wohlhabenden Verhältnissen konnten sich nur um Unterstützungen bewerben, die verschiedene Organisationen vergaben: Interessenvertretungen, Caritas, Bundesländer und verschiedene andere Fonds verteilten Stipendien, auf die allerdings kein Rechtsanspruch bestand. Es verwundert nicht, dass unter diesen Bedingungen die Aufnahme eines Studiums für Kinder aus unteren sozialen Schichten ein bedeutendes Wagnis darstellte. Erst 1963, also erst nach dem Ende des hier zur Debatte stehenden Zeitraums, sollte ein allgemeines Studienbeihilfegesetz in Kraft treten. Die Studiengebühren wurden erst 1972 abgeschafft.

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung,  
Wissenschaft und Kultur, des Kulturamtes der Stadt Wien/Abteilung  
Wissenschaft und Forschungsförderung und der Universität Wien

Stadt  Wien



Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deut-  
schen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005. Verein für Geschichte und Sozialkunde  
StudienVerlag  
[www.studienverlag.at](http://www.studienverlag.at)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich ge-  
schützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts-  
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikro-  
verfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektroni-  
schen Systemen.

Lektorat: Andrea Schnöller  
Layout/Satz: Marianne Oppel  
Umschlaggestaltung: Jarmila Böhm  
Druck: Interpress, Budapest

ISBN 3-7065-4236-6

## INHALT

MARGARETE GRANDNER – GERNOT HEISS –  
OLIVER RATHKOLB  
Vorwort 7

GERNOT HEISS  
Wendepunkt und Wiederaufbau:  
Die Arbeit des Senats der Universität Wien in den Jahren nach der  
Befreiung 9

OLIVER RATHKOLB  
Die Universität Wien und die „Hohe Politik“ 1945 bis 1955 38

MARIA MESNER – HERBERT POSCH  
Studieren und Studierende an der Universität Wien 54

INGRID ARIAS  
Die medizinische Fakultät von 1945 bis 1955:  
Provinzialisierung oder Anschluss an die westliche Wissenschaft? 68

RUPERT KLIEBER – KARL SCHWARZ  
Gerüstet für eine „Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse“?  
Die beiden Theologischen Fakultäten der Universität Wien von  
1945 bis 1955 zwischen Rückbruch und Aufbruch 89

FRIEDRICH STADLER  
Philosophie – Zwischen „Anschluss“ und Ausschluss,  
Restauration und Innovation 121

HILDE HAIDER-PREGLER  
Die frühen Jahre der Theaterwissenschaft  
an der Universität Wien 137

MICHAEL STAUDINGER  
Musikwissenschaft an der Universität Wien 1945–1955 156



HANS H. AURENHAMMER  
Das Wiener Kunsthistorische Institut nach 1945 174

GERNOT HEISS  
Von der gesamtdeutschen zur europäischen Perspektive?  
Die mittlere, neuere und österreichische Geschichte,  
sowie die Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien  
1945–1955 189

WENDELIN SCHMIDT-DENGLER  
Germanistik in Wien 1945 bis 1960 211

FRANZ RÖMER  
„Cum ira et studio“. Beobachtungen zur Entwicklung der Wiener  
Klassischen Philologie nach 1945 222

WOLFGANG L. REITER – REINHARD SCHURAWITZKI  
Über Brüche hinweg Kontinuität. Physik und Chemie an der Univer-  
sität Wien nach 1945 – eine erste Annäherung 236

ANDRE GINGRICH  
Remigranten und Ehemalige: Zäsuren und Kontinuitäten in der  
universitären Völkerkunde Wiens nach 1945 260

HEINZ FASSMANN  
Geographie an der Universität Wien 1938/1945/1955 273

MARGARETE GRANDNER  
Das Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Wien 1945–1955 290

JOHANNES FEICHTINGER – HEIDEMARIE UHL  
Die Österreichische Akademie der Wissenschaften nach 1945.  
Eine Gelehrten-gesellschaft im Spannungsfeld von Wissenschaft,  
Politik und Gesellschaft 313

Personenregister 338

Abkürzungsverzeichnis 350

Literatur 352

Autorinnen und Autoren 381

## VORWORT

---

MARGARETE GRANDNER –  
GERNOT HEISS – OLIVER RATHKOLB

Für die Weiterentwicklung von Forschung und Lehre an den Universitäten ist es durchaus notwendig, über die Geschichte der Universitäten nachzudenken, sich klar darüber zu werden, wie sehr Wissenschaft vom institutionellen, gesellschaftlichen und politischen Kontext abhängig ist. Ebenso wichtig ist es, über die Leistungen einzelner Personen oder Personengruppen in ihren Disziplinen informiert zu sein, über Beharrungstendenzen und die Bedingungen Bescheid zu wissen, die zu bestimmten Zeiten Innovationen möglich machten oder Rückschritte verursachten. Mit diesem Wissen können Hemmnisse erkannt und überwunden und Strategien entwickelt werden, um an den Universitäten wie in den einzelnen Fächern Bedingungen zu schaffen, die sowohl für die zukünftige pädagogische als auch für die wissenschaftliche Entwicklung förderlich sind. Die Vergangenheit der Universitäten ist nicht ein Gegenstand der Geschichtswissenschaft allein, sie ist verabschiedete, zu verabschiedende oder zu pflegende Erinnerung und Tradition.

Im Zentrum der Beiträge dieses Bandes stehen die „Neuanfänge“, die an der Universität Wien im Jahrzehnt zwischen Befreiung 1945 und Staatsvertrag 1955 versucht wurden. Das Erbe aus der Zeit des Nationalsozialismus ebenso wie jenes aus den 1930er-Jahren erwiesen sich dabei jedoch in vielen Bereichen als schwere Altlasten, die nur mühsam oder auch gar nicht und erst in den 1960er- und 1970er-Jahren bewältigt werden konnten. Zukunftsweisende Impulse sind aber in einigen Bereichen durchaus festzustellen. Der vorliegende Band bietet einen Überblick über die organisatorische, personelle und inhaltliche Entwicklung in den einzelnen Fächern und Fakultäten, der durch Beiträge zu den Studierenden und zur Österreichischen Akademie der